

Bundesrat Maurer muss aufräumen



Vertritt das Ehepaar aus Biel: Anwältin Margrit Kiener-Nellen
Foto: Tamedia

Nach der Klage wegen diskriminierender Steuererklärungen kommt das Problem jetzt auf das politische Parkett

Denis von Burg

Jeanne K. und ihr Ehemann sind nicht allein mit ihrem Ärger über diskriminierende Steuererklärungen. Letzte Woche berichtete die SonntagsZeitung über das Bieler Ehepaar, das eine geschlechtsneutrale Steuererklärung vor Gericht erstreiten will. Seither melden sich Ehepaare aus der ganzen Schweiz bei deren Anwältin, der früheren SP-Nationalrätin Margret Kiener-Nellen, und klagen über diskriminierende Steuererklärungen auch in ihren Kantonen.

«Das Problem existiert quer durch die Schweiz», sagt Kiener-Nellen. Deshalb will die Anwältin jetzt den Kampf nicht nur vor dem Berner Gericht, sondern auch in der nationalen Politik führen und Finanzminister Ueli Maurer in die Pflicht nehmen. Das Finanzdepartement habe die Oberaufsicht über die kantonalen Steuerverfahren und stehe deshalb hier in der Verantwortung, sagt Kiener-Nellen, die bis vor einem halben Jahr noch im Nationalrat sass. Sie verlangt deshalb: «Bundesrat Ueli Maurer muss endlich Schluss machen mit der patriarchalen diskriminierenden Behördenpraxis und dafür sorgen, dass die Kantone geschlechtsneutrale Steuerverfahren führen.»

Finanzkontrolleure sollen Druck machen

Um Maurer Beine zu machen, hat Kiener-Nellen die Eidgenössische Finanzaufsicht eingeschaltet. Diese soll den Finanzminister und die Eidgenössische Steuerverwaltung beauftragen, «entsprechende Weisungen» an jene Kantone zu erlassen, die «immer noch Verfahrensformen anwenden, welche die Ehefrauen krass diskriminieren».

Um den Druck zu erhöhen, müsse die Kontrollstelle die Sachverhalte genau untersuchen. Es sei nicht nur die formelle Diskriminierung von Frauen zu analysieren, die auf Steuerformularen als «Zweitpersonen» aufgeführt werden. Die Finanzkontrolle soll auch überprüfen, ob und inwiefern «finanzielle Risiken aus der Ungleichbehandlung der Ehegatten» entstehen.

Der Hintergrund: Steuerbehörden behandeln den Ehemann einseitig als Träger des Steuerdossiers. In der Folge wird er nicht nur als Hauptperson auf den Steuerformularen geführt. Auch Belege für Zahlungen und Rückzahlungen richten sich an den Mann, selbst wenn die Steuer von der Ehefrau bezahlt wurde. Ehefrauen ist es deshalb nicht möglich, die Geldflüsse innerhalb der Ehegemeinschaft zu kontrollieren. Kiener-Nellen liegen zudem Aussagen von Frauen vor, die im Falle einer Scheidung keinen Zugang mehr zum gemeinsamen Steuerguthaben gehabt hätten.

Maurer muss im Parlament Auskunft geben

Der Finanzminister wird schon in der Frühjahrssession Farbe bekennen müssen. Parallel zur Eingabe von Kiener-Nellen wird SP-Nationalrätin Ursula Schneider Schüttel Anfang Juni eine Interpellation einreichen und Auskunft darüber verlangen, ob der Finanzminister und die Steuerverwaltung bereit sind, «ab sofort bei den verfassungs- und gesetzeswidrig agierenden Kantonen die nötigen Korrekturen zu verlangen und durchzusetzen». Gegenüber der Sonntagszeitung wollte die Steuerverwaltung zum konkreten Fall und zu möglichen Massnahmen noch keine Stellung nehmen.